

Zur letzten Ostermesse wurde der Schlußstein zur Deutschen Bücherei gelegt, einer Gründung, auf die der Börsenverein und der gesamte deutsche Buchhandel mit Recht stolz ist. Es wurde angeregt, daß die Kreis- und Ortsvereine sich an dem Schmuck des Gebäudes, etwa durch Stiftung eines Glasfensters, beteiligen möchten. Dieser Vorschlag wurde überall freudig aufgenommen. Eine Anzahl Vereine haben bereits Glasfenster ausführen lassen, und auch unser Verein glaubte in dieser Hinsicht um so weniger zurückstehen zu sollen, als die Anregung zur Gründung der Deutschen Bücherei von einem unserer Vereinsmitglieder ausgegangen ist. Der Vorstand hat daher beschlossen, den Betrag von M 300.— der Deutschen Bücherei für den Schmuck des Gebäudes zur Verfügung zu stellen, ohne sich aber an die Beschaffung eines Glasfensters zu binden.

Für den Verkauf der Rote Kreuz-Marken und Postkarten haben wir uns, wie im Vorjahre, andauernd bemüht, leider aber mit wenig befriedigendem Erfolge. Es konnten im ganzen nur 1000 Marken zu 1 S, 7700 Marken zu 2 S, 9480 Marken zu 5 S und 1100 Marken zu 10 S mit Hilfe des Buch-, Papier- und Schreibwarenhandels sowie der Buchbindereien abgesetzt werden. Das ungenügende Ergebnis ist hauptsächlich dadurch verursacht, daß den vertreibenden Firmen keinerlei Verdienst an diesen Marken und Karten eingeräumt wird, sodaß sie ihre notwendigen Spesen, un vermeidlichen Verluste usw. aus ihrer Tasche decken müssen. Im Interesse der Sache wäre es zu wünschen gewesen, wenn den Geschäftsleuten wenigstens ein bescheidener Verdienst an diesen Wohltätigkeitsmarken eingeräumt worden wäre, der sich sicher durch erhöhten Absatz reichlich gelohnt hätte. Noch wünschenswerter freilich wäre es, wenn sich die Reichspostverwaltung entschließen könnte, die in das Feld gehenden Briefe mit einer kleinen, dem Roten Kreuz zugute kommenden Steuer zu belegen; denn es unterliegt keinem Zweifel, daß mit der jetzigen Portofreiheit auch mancher Mißbrauch getrieben wird, sodaß eine gewisse Einschränkung nichts schaden würde. Andererseits würden alle, die mit ihren Angehörigen im Feld umsonst korrespondieren können, gern diese kleine Steuer tragen, die ja unseren tapferen Krieger selbst wieder zugute kommt. Damit könnten sehr bedeutende Summen für das Rote Kreuz verfügbar gemacht werden.

Der Buchhändlerverband für das Königreich Sachsen hat in seiner vorjährigen Hauptversammlung seine Verkaufsbestimmungen dahin abgeändert, daß jeder Rabatt an das Publikum — auch der bisher zulässige zweiprozentige Skonto — in Zukunft wegfällt. Da ein solcher Diskont für den Sortimenter eine erhebliche Verringerung des Reingewinns bedeutet, so ist diese Abänderung gerade in der gegenwärtigen Zeit doppelt erwünscht. Dringend angezeigt ist es aber, daß nicht etwa in Dresden in dieser Richtung andere Bestimmungen gelten als im Lande. Es ist deshalb eine entsprechende Änderung unserer Verkaufsbestimmungen erforderlich, die wir in Punkt 9 auf unsere Tagesordnung gesetzt haben.

Die Geschäftslage des Sortiments darf in Anbetracht des Krieges als nicht unbefriedigend bezeichnet werden. Namentlich ist das letzte Weihnachtsgeschäft verhältnismäßig recht gut gewesen. In einzelnen Betrieben hat sich der Barumsatz im abgelaufenen Kriegsjahr sogar höher gestellt als in dem Friedensjahre 1913. Der Rechnungverkehr ist nach wie vor schwächer. Abgesehen von dem sich immer mehr fühlbar machenden Mangel an Gehilfen und geeigneten Hilfskräften sind auch die laufenden Unkosten merklich gestiegen, haben doch allein die Spediture ihre Sätze um 20 % erhöht. Es wurden eine Zeitlang sehr lebhaft Klagen über deren unpünktliche Lieferung laut. Verhandlungen haben dahin geführt, daß diese Schwierigkeiten wohl im wesentlichen als überwunden angesehen werden dürfen, soweit nicht auch hier mit Rücksicht auf den Kriegszustand in den Anforderungen ein Pflöck zurückgesteckt werden mußte. Geklagt wird auch über die großen Summen, die uneinbringlich ausstehen, teils im Auslande, teils aber auch bei Kunden, die zum Heere eingezogen sind und die die Kriegsnotgesetzgebung benutzen, um trotz vorhandener Zahlungsfähigkeit doch die Zahlung abzulehnen. Es werden geeignete Schritte zu erwägen sein, um im

Interesse unseres Wirtschaftslebens rechtskräftige Forderungen bei vorhandener Zahlungsfähigkeit auch von Heeresangehörigen einzuziehen.

Die Angelegenheit Wender hat uns auch in diesem Jahre noch beschäftigt insofern, als die Gefahr bestand, daß die von uns verlegten recht erheblichen Kosten des Verfahrens von dem Beklagten nicht beizutreiben waren. Doch ist dies schließlich gelungen, und wir haben unsere Kosten voll erstattet erhalten.

Es ist uns in diesem Jahre endlich gelungen, eine hiesige Firma, die wir schon lange im Verdacht heimlicher Schleuderei hatten, zu überführen. Die Firma hat an den Börsenverein zugunsten des Unterstützungsvereins Deutscher Buchhändler und Buchhandlungsgehülfen eine Buße von M 500.— gezahlt und Sicherheit in entsprechender Höhe hinterlegt. Wir wollen hoffen, daß sie nunmehr das beanstandete Verfahren endgültig einstellen wird.

Zu Kriegsbeginn waren von verschiedenen Behörden an die ihnen nachgeordneten Stellen Erlasse gerichtet worden, bei Anschaffung von Büchern größte Sparsamkeit walten zu lassen. Wir haben — z. T. gemeinsam mit dem Buchhändlerverbande für das Königreich Sachsen — Veranlassung genommen, bei den Behörden darauf hinzuweisen, daß hierdurch die berechtigten Interessen des Buchhandels in unnötiger Weise geschädigt werden, und um Rücknahme dieses Erlasses zu bitten. Wir haben die Genugtuung, daß dem entsprochen worden ist.

Der vom Verein eingefetzte Schulbuch-Ausschuß hat mehrere Sitzungen abgehalten. Es galt zunächst, aus dem Tausen und Suchen herauszukommen und ein festumrissenes Ziel aufzustellen, das ohne allzu große Schwierigkeiten erreichbar erscheint. Den Buchhandel vom Schulbuchgeschäft für höhere Schulen nach Möglichkeit auszuschalten, erachteten wir als das erstrebenswerte Ziel. Die Wege, die zur Erreichung dieses Zieles möglich sind, führten zu einer sehr eingehenden Aussprache, in die gleichzeitig der Gedanke einer gemeinsamen Bezugsstelle für Zeitschriften einbezogen wurde. Wir kamen zu der Überzeugung, daß unsere Aufgabe nur zu erfüllen sei, wenn es ermöglicht würde, daß sämtliche Schulbücher für höhere Schulen für Dresden nur von einer einzigen Stelle bezogen werden müssen, damit jederzeit der Besteller einwandfrei festgestellt werden kann. Dieser Gedanke läßt sich nur durch Errichtung einer Auslieferungsstelle durchführen. Wir sind uns der großen Schwierigkeiten wohl bewußt, die sowohl dem Verlag wie dem Sortiment gegenüber eine derartige Einrichtung mit sich bringen muß; auch wissen wir, daß anderwärts ähnliche Versuche gescheitert sind. Trotzdem halten wir nach wie vor an diesem Gedanken fest, da uns ein anderer Weg zur Erfüllung unserer Aufgabe nicht gangbar erscheint. Der erste und wichtigste Schritt war nunmehr vorgezeichnet. Es galt, den Verlag für unsern Plan zu gewinnen. Wir verfaßten ein Rundschreiben, das am 13. 7. 15 an die 11 bedeutendsten der für Dresden in Frage kommenden Verleger versandt wurde. Der Erfolg war der, daß sechs Firmen ohne Vorbehalt unserm Vorschlage zustimmten; hierzu kommt noch eine siebente Firma, von der eine Antwort nicht eingegangen ist, die aber bereits im Januar 1915 uns ihre Unterstützung zugesagt hatte. 4 Firmen haben abgelehnt. Weitere Schritte konnten wir nicht unternehmen, da einerseits der für Übernahme der Auslieferungsstelle in Aussicht genommene Herr im Felde steht, andererseits der Mangel an geschulten Kräften eine derartige Neueinrichtung nicht durchführbar erscheinen läßt. Hierzu kommt, daß in diesem Jahre die höheren Klassen das Schuljahr bereits im März beginnen, sodaß wir eine sehr unangenehme Teilung des Schulbuchgeschäftes haben werden. Aus allen diesen Gründen müssen wir auf die Durchführung unseres Planes für dieses Jahr verzichten.

Auf der Tagung der Kreis- und Ortsvereine in Goslar kam die Schulbücherfrage zur Besprechung, ohne zu einem Ergebnis zu führen. Das Protokoll dieser Tagung tut die Aussprache mit den Worten ab: »Wegen schwebender Verhandlungen gelangt das Protokoll nicht zur Veröffentlichung«. Der Berichterstatter sah sich deshalb veranlaßt, im Vbl. vom 29. September 1915 die Kernpunkte der Frage zu besprechen, um den Verdacht dem Verlag gegenüber zu zerstreuen, daß in dem Bericht Forderungen auf-